



**University of  
Zurich<sup>UZH</sup>**

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2008

---

## Gleichberechtigung

Boshammer, S

**Abstract:** Das Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie bietet eine umfassende, differenzierte und zugleich kompakte Darstellung der beiden Sachgebiete, die im deutschsprachigen Raum bisher so nicht vorhanden war. Es vereint Einträge zu Sachthemen und zu Personen. Die Sachthemen sind so angelegt, dass sie einen thematischen Bereich erschließen und dabei wissenschaftliche Einzelerkenntnisse und Probleme in größere Zusammenhänge einordnen. Alphabetische Stichwort- und Personenverzeichnisse gewährleisten größtmögliche Übersichtlichkeit und Zugänglichkeit zu Fragestellungen der Benutzer. Das Handbuch richtet sich neben Philosophen und Philosophinnen an eine politisch interessierte Öffentlichkeit sowie an Personen aus Politik, Verwaltung und Publizistik.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-5614>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Boshammer, S (2008). Gleichberechtigung. In: Gosepath, S; Rössler, B; Hinsch, W. Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, 2 Bände. Berlin: De Gruyter, 434-438.

## Gleichberechtigung

### 1. Definition

Der Begriff der Gleichberechtigung wird Alltagssprachlich im Sinne des Anspruchs aller Gesellschaftsmitglieder auf gleiche Rechte verwendet. Er ist normativ gehaltvoll, insofern Gleichberechtigung als ein Gebot der Gerechtigkeit verstanden wird.

#### 1.1.

Als terminus technicus der juristischen Theoriesprache bezeichnet »Gleichberechtigung« die in der allgemeinen Menschenrechtserklärung sowie den Verfassungen demokratischer Staaten grundrechtlich zugesicherte Garantie des gleichen Rechtsstatus und Rechtsschutzes sowie der rechtlichen Gleichberücksichtigung aller Menschen. Dabei steht der Gleichberechtigungsbegriff in enger Verbindung sowohl zum Begriff der »Gleichheit« als auch zu dem der »Gleichbehandlung« (vgl. Sacksofsky 1990).

#### 1.2.

In politischen Kontexten fungiert »Gleichberechtigung« heute meist als eine Sammelbezeichnung für den Gegenstand unterschiedlicher, in der Regel über die garantierte Rechtsgleichheit hinausgehender sozialpolitischer Forderungen und Maßnahmen. Insofern diese die Angleichung der sozialen Freiheiten und Lebenslagen der Mitglieder verschiedener Gruppen (insbesondere der Geschlechtergruppen) zum Ziel haben, steht der Begriff hier in engem Zusammenhang mit dem der »Gleichstellung« (vgl. Lautmann 1990).

### 2. Problem- und Begriffsgeschichte

Auch wenn der Begriff selbst erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts belegbar ist, so ist die Forderung nach Gleichberechtigung bereits im Gedankengut von Humanismus und Aufklärung angelegt (vgl. Dann 1980). Ausgehend von der Idee einer (wenn auch in unterschiedlicher Hinsicht behaupteten) wesentlichen Gleichheit aller Menschen werden von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis heute im Zuge politischer Emanzipationsbewegungen bestehende Ungleichheitsverhältnisse kritisiert und konkrete Gleichberechtigungsforderungen formuliert. Deren Fokus und mit ihm die Bedeutung des Gleichberechtigungsbegriffs hat sich im Lauf der neuzeitlichen Geschichte bis in die Gegenwart hinein jedoch erheblich gewandelt.

#### 2.1.

Die naturrechtliche Tradition des 17. und 18. Jahrhunderts kennt zwei Gleichheitsbegriffe: den der natürlichen Gleichheit aller Menschen sowie den der Rechtsgleichheit aller Bürger als Vertragspartner. In der Lehre vom Gesellschaftsvertrag sind beide miteinander verbunden, insofern hier alle gesellschaftlichen Institutionen als Ergebnis eines (fiktiven) Vertrags verstanden werden, den die von Natur aus »in der Gleichheit geborenen« (Montesquieu 1748, 159) Individuen im sog. Naturzustand miteinander abschließen. Das Zustandekommen und damit die Gültigkeit des Vertrages hängt dabei von der (rationalen) Einwilligung der Individuen ab. Deren natürliche Gleichheit bleibt im Rahmen der kontraktualistischen Konzeption politischer Legitimation qua Vertrag in der Anerkennung der Individuen als gleichwertigen Vertragspartnern gewahrt. Dabei wird die These von der natürlichen Gleichheit der Menschen normativ gewendet, d.h. im Sinne einer naturrechtlichen Gleichwertigkeit der Individuen interpretiert, die »für die Gültigkeit des Gesellschaftsvertrages konstitutiv« (Dann 1980, 96f.) ist. Weil und insofern die Menschen »von Natur aus« gleichwertig sind, ist nur diejenige Verfassung vor dem Hintergrund der Zustimmungsbedingung gültig, die diese »natürliche Gleichheit« anerkennt und garantiert, d.h. konkret: die (ständischen) Privilegien beseitigt und Gleichberechtigung im Sinne bürgerlicher Rechtsgleichheit – »Gleichheit vor dem Recht« – sicherstellt.

#### 2.2.

Das von der natürlichen Gleichwertigkeitsthese ausgehende Gleichberechtigungspostulat fand bereits Ende des 18. Jahrhunderts seinen Niederschlag in entsprechenden Rechtsprinzipien, u.a. in den amerikanischen und französischen Menschenrechtserklärungen von 1776 und 1789. Diese waren nichtsdestotrotz exklusiv gegenüber weiten Teilen der Gesellschaft, z.B. den Frauen, den Angehörigen bestimmter Konfessionen oder der schwarzen Bevölkerung in Amerika. Insofern natürliche Gleichwertigkeit den Grund für die rechtliche Gleichstellung lieferte, blieb diese auf diejenigen Bevölkerungsgruppen begrenzt, die als von Natur aus gleichwertig angesehen wurden (vgl. Gerhard/Jansen/Maihofer 1990). Im Widerstand der benachteiligten Gruppen gegen diese elitistische Einschränkung des Gleichberechtigungsanspruchs kommt im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts ein gewandeltes Verständnis von Gleichberechtigung zum Ausdruck. Es orientiert sich am Ideal eines universalen Staatsbürgerstatus und formuliert das Gleichberechtigungspostulat als Forderung nach rechtlicher Gleichbehandlung (vgl. Young 1989). Damit ist einerseits eine Kritik an den als willkürlich gebrandmarkten »Außengrenzen« der bürgerlichen Rechtsgemeinschaft verbunden: Verlangt wird die Ausdehnung der formalrechtlichen Anerkennung auf bislang ausgeschlossene Gruppen. Zugleich zielt die Kritik auf die Binnensphäre des Rechts: Rechtliche Gleichbehandlung meint nicht mehr nur den gleichen Rechtsstatus, sondern die gleichen Rechte für alle, d.h. v.a. die gleichen Partizipationsmöglichkeiten im politischen System und seinen Institutionen. Gleichberechtigung als Gleichheit vor dem Recht und Gleichbehandlung durch das Recht wird damit zum Motor eines Prozesses der politischen Demokratisierung, dessen Fortschreiten am deutlichsten »an der Entwicklung des politischen Mitbestimmungsrechtes und dessen Ausdehnung im Sinne des »one man one vote« auf immer größere Teile der Bevölkerung« (Dann 1980, 12) ablesbar ist.

#### 2.3.

Der bis heute andauernde Kampf um Gleichberechtigung im Sinne der rechtlichen und sozialen Gleichbehandlung aller Menschen erwies sich bis in die 1970er Jahre hinein im Wesentlichen als das Bemühen um die Beseitigung von Diskriminierung, also von ungerechtfertigten Ungleichbehandlungen. Durch die Gleichberechtigungsgarantie explizit ausgeschlossen (wenn auch faktisch keineswegs beseitigt) ist jede Bevorzugung oder Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, der »Rasse«, der Herkunft, der Religionszugehörigkeit und der Weltanschauung. In dieser Qualifizierung der Diskriminierungsverbote schwingt die Geschichte des politischen

Kampfes um Gleichberechtigung und seine Verwurzelung in einer normativ verstandenen Idee der natürlichen Gleichheit aller Menschen mit, die es verbietet, Personen aufgrund von ›natürlichen Unterschieden‹ ungleich zu behandeln (vgl. Huster 1993). Die Problematisierung dieser Gleichheitsidee führt in den letzten drei Jahrzehnten zu einer Neuinterpretation der Gleichberechtigungsforderung im Sinne sozialpolitischer Maßnahmen, die die effektive politische, soziale und kulturelle Gleichstellung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sicherstellen sollen.

Anstoß für diese Entwicklung gibt die Beobachtung, dass formal gleiche Rechte nicht substantiell gleiche Freiheiten bedeuten, da zwischen den Individuen nicht nur hinsichtlich ihrer kulturellen Identität, ihrer Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnisse, sondern auch mit Blick auf ihre soziale Lage wesentliche, z.T. gruppenspezifische Unterschiede bestehen. Insofern das Gleichberechtigungspostulat ›die Inklusion und Partizipation eines jeden und einer jeden an sozialen und politischen Institutionen verlangt‹ (Young 1993, 269), dürfe es angesichts der gegebenen Situation von Differenz und Ungleichheit gerade nicht im Sinne einer schematischen Gleichbehandlung der Individuen durch das Recht interpretiert werden. Denn »das strikte Festhalten an einem Prinzip der Gleichbehandlung tendiert zu einer Versteifung von Unterdrückung oder Benachteiligung dort, wo zwischen den Gruppen Unterschiede in den Fähigkeiten, der Kultur, den Werten und Verhaltensstilen vorhanden sind, einige dieser Gruppen aber privilegiert sind« (ebd., 269). In der sog. Differenzdebatte verbindet sich diese Auffassung mit einer grundlegenden Kritik am Universalismus. Da das Ideal des universalen Staatsbürgers »Partikularität und Differenz transzendiert [...] [und] Gleichheit als Gleichsein auffasst« (ebd., 267), ignoriere es sowohl die vorhandenen sozialen Ungleichheiten als auch die bestehenden kulturellen Differenzen. Gleichberechtigung verlangt diesem Verständnis zufolge aber gerade deren Anerkennung, d.h. nicht die formale Gleichbehandlung der Individuen, sondern ihre gruppenspezifisch differenzierende ›Berechtigung‹ und Berücksichtigung zum Zweck substantieller Gleichstellung (vgl. Boshammer 2003).

### 3. Stand der systematischen Diskussion

Das Spannungsfeld zwischen den beiden modernen Verständnissen von Gleichberechtigung – als formaler Gleichbehandlung einerseits und substantieller Gleichstellung andererseits – bildet den Hintergrund der aktuellen philosophischen Kontroversen. Sie problematisieren, wie das Verhältnis von behaupteter Gleichheit und erfahrener Differenz, von geforderter Gleichberechtigung und bestehender Ungleichheit zu konzipieren und auf welche Weise es im Kontext von Recht und Politik zu berücksichtigen ist. Dabei ist die Frage zentral, welche Funktion und Bedeutung der Gleichheitsthese in diesem Zusammenhang zukommt.

#### 3.1.

Zwischen der Gleichberechtigungsforderung und der Gleichheitsbehauptung besteht ein enger Zusammenhang, der auf der Ebene des geltenden Rechts dadurch anschaulich wird, dass der Gleichberechtigungsgarantie ein Bekenntnis zur Gleichheit der Menschen vorangestellt ist. Wie das Verhältnis zwischen Gleichheitsthese und Gleichberechtigungsforderung systematisch zu konzipieren ist, ist jedoch weitgehend umstritten (vgl. Phillips 1999). Eine Möglichkeit der Bestimmung dieses Verhältnisses besteht darin, der Gleichheitsthese eine die Gleichberechtigungsforderung normativ begründende Funktion zuzuweisen. Dieser Konstruktion zufolge ist die Forderung nach Gleichberechtigung die Konklusion eines Argumentes mit drei Prämissen: (1) einer normativen These, der zufolge Gerechtigkeit verlangt, wesentlich Gleiches gleich zu behandeln; (2) einer ›konzeptionellen‹ These, die Gleichberechtigung als notwendigen Bestandteil von Gleichbehandlung interpretiert; und (3) der empirischen Behauptung, dass die Menschen wesentlich gleich sind (vgl. Williams 1962). Spätestens im Rahmen der Differenzdebatte ist diese Argumentationsweise jedoch fragwürdig geworden, wobei sich die Skepsis vorrangig auf die Gleichheitsthese richtet. Deren Überzeugungskraft hängt entscheidend davon ab, welche Eigenschaften als ›wesentlich‹, d.h. vergleichsrelevant qualifiziert werden. Die diesbezüglichen Vorschläge reichen von der gleichen Vernunftfähigkeit oder Würde über die Interessengleichheit bis hin zur Gleichheit der Schutzbedürftigkeit. Nun lässt sich jedoch *erstens* bezweifeln, dass Menschen diese Eigenschaften tatsächlich und noch dazu in gleichem Maße besitzen. Es stellt sich *zweitens* die Frage, ob es sich bei denjenigen Eigenschaften, die die Menschen nachweislich gleichermaßen besitzen, um ›wesentliche Hinsichten der menschlichen Gleichheit‹ handelt, ob also das Vorliegen dieser Eigenschaften mit Blick auf die Gleichbehandlungs- und damit Gleichberechtigungsmaxime relevant ist. Und tatsächlich ist *drittens* unklar, auf welcher Grundlage die Qualifikation bestimmter Merkmale als ›wesentlich‹ überhaupt erfolgen kann, ohne dass das Argument entweder unbrauchbar oder zirkulär wird. Um die entsprechenden Relevanzurteile treffen zu können, muss nämlich bereits ein bestimmtes Verständnis von gebotener Gleichberechtigung vorausgesetzt sein, das seinerseits nicht mehr mit der Behauptung der relevanten Gleichheit begründet werden kann. Dabei besteht die – historisch vielfach belegte – Gefahr, Eigenschaften als wesentliche zu kennzeichnen, die nicht alle Menschen, sondern nur jene Gruppen von Personen gemeinsam auszeichnen, die als gleichberechtigt gelten sollen. Ob etwa die Geschlechtszugehörigkeit als irrelevantes Merkmal betrachtet werden muss oder nicht, hängt wesentlich davon ab, was man unter Gleichberechtigung versteht bzw. ob man die Gleichberechtigung der Geschlechter für geboten hält oder eben nicht.

#### 3.2.

Eine alternative Systematisierung der Verbindung von Gleichheit und Gleichberechtigung konstruiert den Zusammenhang sozusagen umgekehrt und versteht die Gleichheitsthese dabei nicht als empirische, sondern als normative Behauptung: Gleichberechtigung ist demnach nicht aus Gründen der gegebenen Gleichheit geboten, sondern zum Zweck der geforderten Gleichheit verlangt. Die Menschen sind wesentlich ungleich, aber sie sollen insofern gleich sein, als jeder und jede Einzelne über die gleiche Freiheit verfügen können soll. Um das zu gewährleisten, muss dafür gesorgt sein, dass sich die zwischen den Menschen bestehenden (kulturellen) Unterschiede nicht als soziale Ungleichheiten auswirken. Eben dies leistet dieser Konstruktion zufolge das Gleichberechtigungspostulat. Es beinhaltet nicht die auf die Annahme gleicher Interessen gestützte Forderung nach gleichen Rechten, sondern ein gleiches Recht auf die Berücksichtigung der differentiellen Interessen zum Zweck der Gewährleistung gleicher Freiheit. Die Vorteile dieser Konzeption liegen in der ausdrücklichen Anerkennung der zwischenmenschlichen Unterschiede im Rahmen des Gleichberechtigungspostulats, das jedoch auch hier mit einer Gleichheitsbehauptung verbunden bzw. in diese überführbar ist: Gleichberechtigung verlangt gleiche Freiheit für die Verschiedenen. Die Begründung dieser These nimmt meist eine kontraktualistische Form an, derzufolge nur dasjenige Gemeinwesen als legitim gelten kann, das die qualifizierte Zustimmung seiner Mitglieder findet. Dieser Bedingung genüge jedoch nur derjenige Staat, der Gleichberechtigung im Sinne der gleichen Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantiert (vgl. Rawls 1971). Dabei ist zunächst fraglich, wie die Forderung nach gleicher Freiheit überhaupt zu verstehen ist. Sie kann einerseits den *gleichen* Anspruch der Individuen auf Freiheit meinen und andererseits den Anspruch der Individuen auf *gleiche* Freiheit behaupten. Im Fall der ersten, ›schwachen‹ Gleichheitsthese stellt sich *erstens* die Frage, ob deren kontraktualistische Herleitung nicht auf Grundannahmen beruht, die ihrerseits erhebliche Begründungsprobleme aufwerfen (vgl. Leist 2003). Darüber hinaus ist *zweitens* zu fragen, welche anderen Begründungsmöglichkeiten sich finden lassen, die mit der vorausgesetzten These einer wesentlichen Differenz zwischen den Individuen vereinbar wären. Versteht man das Gleichberechtigungspostulat hingegen im Sinne der zweiten, ›starken‹ Gleichheitsthese, ist *erstens* fraglich, wie ein sinnvoller Vergleichsmaßstab hier aussehen könnte, und *zweitens* weitgehend unklar, wie sich eine solche stark egalitäre Position begründen ließe, ohne inkonsistent zu werden (vgl. Krebs 2000). Wo gleiche Freiheit nicht nur die gleiche (formale) Chance der Individuen auf die Verwirklichung ihrer eigenen Lebenspläne meint, sondern deren gleichen (substantiellen) Erfolg fordert, werden unter der Bedingung bestehender Differenz praktische Maßnahmen erforderlich, die ihrerseits in hohem Maße antiegalitär gestaltet sein müssten.

### 4. Forschungsliteratur

Boshammer, S., 2003, Gruppen, Recht, Gerechtigkeit, Berlin: de Gruyter.  
Google Scholar

Dann, O., 1980, Gleichheit und Gleichberechtigung, Berlin: Duncker & Humblot.  
Google Scholar

Gerhard, U./Jansen, M./Maihofer, A. (Hg.), 1990, Differenz und Gleichheit, Frankfurt/M.: Helmer.

[Google Scholar](#)

Huster, S., 1993, Rechte und Ziele, Berlin: Duncker & Humblot.

[Google Scholar](#)

Krebs, A. (Hg.), 2000, Gleichheit oder Gerechtigkeit, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

[Google Scholar](#)

Leist, A. (Hg.), 2003, Moral als Vertrag, Berlin: de Gruyter.

[Google Scholar](#)

Lautmann, R., 1990, Die Gleichheit der Geschlechter und die Wirklichkeit des Rechts, Opladen: Westdeutscher Verlag.

[Google Scholar](#)

Montesquieu, C. de, 1748, Vom Geist der Gesetze, Bd. 1, Tübingen: Mohr 1992.

[Google Scholar](#)

Phillips, A., 1999, Which Equalities Matter?, Cambridge: Polity.

[Google Scholar](#)

Rawls, J., 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975.

[Google Scholar](#)

Sacksofsky, U., 1990, Das Grundrecht auf Gleichberechtigung, Baden-Baden: Nomos.

[Google Scholar](#)

Williams, B., 1962, Der Gleichheitsgedanke, in: ders., Probleme des Selbst, Stuttgart: Reclam 1978.

[Google Scholar](#)

Young, I. M., 1989, Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz, in: H. Nagl-Docekal/H. Pauer-Studer (Hg.), Jenseits der Geschlechtermoral, Frankfurt/M.: Fischer 1993.

[Google Scholar](#)

---

**Zugang bereitgestellt von: UZH Hauptbibliothek / Zentralbibliothek Zürich**

Copyright © 2011–2017 by Walter de Gruyter GmbH

Powered by PubFactory